

Kapitel 4: Zusammen leben

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: KV Pinneberg
Beschlussdatum: 08.10.2020

Titel

Ändern in:

Änderungsantrag zu GSP.Z-01

Von Zeile 64 bis 65 löschen:

(175) Aktives jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach den ~~schrecklichen~~-Erfahrungen der Shoa bedeutet eine große Verantwortung für den deutschen Staat und seine Bürger*innen.

Von Zeile 69 bis 71 löschen:

unseres Rechtsstaates und die immer währende Aufgabe aller Menschen in Deutschland und in Europa. ~~Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar.~~

Begründung

- Das Attribut "schrecklichen" verharmlost eher, die Benennung der "Shoa" ist hinreichend
- Die deutsche Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk in Deutschland und Europa ist hier gut dargestellt.
- Ein Sicherheitsversprechen gegenüber dem Staat Israel in seiner heutigen Form als Besatzungsmacht abzugeben, erscheint uns nicht angemessen. Ansonsten wäre auch auf das Existenzrecht der Palästinenser hinzuweisen.